



24.05.2024

Seite 1 von 6

Aktenzeichen

O 1627 – 10037 – 2024 – 13365

Herr Dr. Hagedorn

Telefon 0211 4972-2761

Vorlage
an den Haushalts- und Finanzausschuss
des Landtags Nordrhein-Westfalen

Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2024

Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags
Nordrhein-Westfalen am 06.06.2024

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat in seiner 166. Sitzung vom 14. bis 16. Mai 2024 seine neue Prognose für die Steuereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden für die Jahre 2024 bis 2028 vorgelegt.

Insgesamt ergeben sich aus den geschätzten Steuereinnahmen folgende Auswirkungen für den Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen im Finanzplanungszeitraum 2024 bis 2028:

in Mio. Euro	2024	2025	2026	2027	2028
	76.387	79.840	83.370	86.510	89.726

In diesen Zahlen sind noch erwartete Steuerrechtsänderungen bereits berücksichtigt, da geplante, aber noch nicht in Kraft getretene Steuerrechtsänderungen im Rahmen der Steuerschätzung nicht als Korrekturposten einbezogen werden. Dazu zählen z. B. der Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst, das geplante Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes 2024 oder der Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 auf Grundlage des vom Bundesministerium der Finanzen im März vorgelegten ersten Referentenentwurfs. Die zu erwartenden steuerlichen Auswirkungen des Zukunftsfinanzierungsgesetzes, des Wachstumschancengesetzes, des Kreditweitzmarktförderungsgesetzes und des Mindestbesteuerungsrichtlinie-Umsetzungsgesetzes sind hingegen bereits in der Schätzbasis berücksichtigt worden.

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Jägerhofstr. 6
40479 Düsseldorf
Telefon (0211) 4972-0
Telefax (0211) 4972-1217
Poststelle@fm.nrw.de
www.fm.nrw.de
Öffentliche Verkehrsmittel:
U74 bis U79
Haltestelle
Heinrich Heine Allee

Im Einzelnen ergibt sich die Ableitung der oben genannten Mehr- und Mindereinnahmen wie folgt (Abweichungen sind rundungsbedingt):

in Mio. Euro	2024	2025	2026	2027	2028
	HH-Plan				
Steueransatz HHP 2024 / Finanzplanung 2023 bis 2027 für 2025 bis 2027 / Regionalisierung Oktober-Steuerschätzung 2023 für 2028	77.592	81.159	84.363	87.002	90.587
Zuweisungen für das Land Nordrhein-Westfalen lt. Schätzergebnis	76.239	79.579	83.040	86.407	89.620
Korrekturen					
Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst	+129,0	+150,4	+161,2		
Kommunale Wärmeplanung (Entwurf FAG-Änderungsgesetz v. 24.04.2024)	+21,5	+21,5	+21,5	+21,5	+21,5
Neue Vereinbarung Flüchtlingskosten (Entwurf FAG-Änderungsgesetz v. 24.04.2024)	+107,5	+107,5	+107,5	+107,5	+107,5
Startchancen-Programm	+64,5	+128,9	+128,9	+128,9	+128,9
Referentenentwurf Jahressteuergesetz 2024 (Stand: 27.03.2024)	-47,7	-4,3	+55,7	-10,3	-4,9
Weitere Erhöhung Grund-FB und Kinder-FB	-127,0	-143,0	-145,0	-145,0	-147,0
Auswirkungen Haushalt	76.387	79.840	83.370	86.510	89.726
Mehr-/Mindereinnahmen ggü. ursprgl. Planungsstand	-1.205,0	-1.319,0	-993,0	-492,0	-861,0

Zum Hintergrund:

a. Steuereinnahmen

Den Ergebnissen der 166. Steuerschätzung zufolge steigen die Steuereinnahmen auf allen Ebenen in allen Jahren des Schätzzeitraums zwischen rund zwei und fünf Prozent an. Allerdings entwickeln sich die Steuereinnahmen aller staatlichen Ebenen unter Berücksichtigung der seit Oktober in Kraft getretenen Steuerrechtsänderungen mit einem Volumen von 950,3 Milliarden Euro in diesem Jahr um rund 13,8 Milliarden Euro schlechter als noch in der Oktober-Steuerschätzung erwartet. Die Differenz zum Ergebnis der Oktober-Steuerschätzung resultiert überwiegend aus Schätzabweichungen. Diese ergeben sich aus einer erheblich verschlechterten Einschätzung zur Konjunktur gegenüber dem Herbst vergangenen Jahres. Die wirtschaftliche Erholung hat sich gegenüber den damaligen Erwartungen verzögert. Die finanziellen Auswirkungen der gegenüber der Schätzung vom Oktober 2023 neu einbezogenen Steuerrechtsänderungen (z. B. Wachstumschancengesetz, Zukunftsfinanzierungsgesetz) wirken sich ebenfalls einnahmenmindernd aus. Insgesamt ergeben sich mit der Mai-Steuerschätzung 2024 im Vergleich zur Steuerschätzung aus Oktober 2023 in dem Zeitraum 2024 bis 2028 80,7 Mrd. Euro weniger Steuereinnahmen. Hiervon entfallen auf den Bund 41,6 Mrd. Euro, auf die Länder 33,8 Mrd. Euro und auf die Gemeinden 5,8 Mrd. Euro. Für den EU-Haushalt sind Mehreinnahmen von insgesamt 0,5 Mrd. Euro zu verzeichnen.

Die Steuerschätzung aus Mai 2024 prognostiziert für die Ländergesamtheit in den Jahren 2024 bis 2028 folgende Steuereinnahmen:

in Mrd. Euro	2024	2025	2026	2027	2028
Mai 2024	394,4	411,0	426,7	443,5	459,5
Oktober 2023	399,9	419,6	434,5	449,4	465,5
Differenz	-5,4	-8,7	-7,8	-5,9	-6,0

b. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Frühjahrsprojektion 2024 der Bundesregierung zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bildet die Grundlage für die

Mai-Steuerschätzung 2024. Mit der Frühjahrsprojektion hat die Bundesregierung ihre Prognose für das reale Bruttoinlandsprodukt aus dem Herbst 2023 für die Jahre 2024 und 2025 erwartungsgemäß nach unten korrigiert. Nach Einschätzung der Prognostiker der Bundesregierung wird das Wachstum des realen BIPs im Jahr 2024 mit 0,3 Prozent um 1,0 Prozentpunkte niedriger ausfallen, als noch im Herbst 2023 erwartet. Für 2025 wird ein reales Wachstum von 1,0 Prozent angenommen, dies entspricht einer Abwärtskorrektur von 0,5 Prozentpunkten gegenüber der Herbstprojektion. Die Veränderungen des realen und nominalen Bruttoinlandsprodukts gegenüber der Herbstprojektion sind der nachstehenden Übersicht zu entnehmen.

in Prozent	2024	2025	2026	2027	2028
BIP nominal	+3,0	+2,8	+3,0	+3,0	+3,0
Diff. zu Oktober 2023	-1,4	-0,7	+0,3	+0,3	+0,3
BIP real	+0,3	+1,0	+1,0	+1,0	+1,0
Diff. zu Oktober 2023	-1,0	-0,5	+0,4	+0,4	+0,4

Nachdem die Wirtschaftsleistung in Deutschland im letzten Jahr nach aktuellsten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 0,2 Prozent gesunken ist, erwartet die Bundesregierung für das Jahr 2024 einen leichten Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um +0,3 Prozent (Gemeinschaftsdiagnose: +0,1 Prozent). Damit prognostiziert die Bundesregierung für 2024 zwar eine bessere konjunkturelle Entwicklung als zuletzt, nichtsdestotrotz wird die Prognose für 2024 vom letzten Herbst von +1,3 Prozent um einen ganzen Prozentpunkt deutlich nach unten revidiert. Hauptgründe für die Abwärtskorrektur sind die schwachen Inlandsinvestitionen, der weniger dynamisch anziehende private Konsum und der Rückgang der deutschen Ausfuhren trotz steigender weltwirtschaftlicher Aktivität.

Für 2025 wird angenommen, dass die Erholung mit +1,0 Prozent weniger stark ausfällt als noch in der Herbstprojektion 2023 (+1,5 Prozent) erwartet (Gemeinschaftsdiagnose: +1,4 Prozent). Ab dem Jahr 2026 erfolgt lediglich eine technische Fortschreibung der Wachstumsraten, die zu einem Schließen der Produktionslücke zum Ende des Prognosezeitraums führt. Damit wird sich Deutschland auch in diesem und nächsten Jahr

langsamer entwickeln als andere Industriestaaten. Nach der jüngsten Prognose der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aus Mai 2024 soll die Weltwirtschaft in 2024 um 3,1 Prozent und in 2025 um 3,2 Prozent wachsen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass für die Schätzung der gewinn- und umsatzabhängigen Steuern vor allem das nominale, nicht inflationsbereinigte Bruttoinlandsprodukt ausschlaggebend ist. Hierfür werden in der Frühjahrsprojektion Veränderungsdaten von +3,0 Prozent für das Jahr 2024, +2,8 Prozent für das Jahr 2025 sowie von +3,0 Prozent für das Jahr 2026 und die Folgejahre erwartet, was gegenüber der Herbstprojektion ein Minus von 1,4 Prozentpunkten für 2024, ein Minus von 0,7 Prozentpunkten für 2025 und einen Anstieg von jeweils 0,3 Prozentpunkten für 2026 bis 2028 bedeutet.

Nach einem Anstieg der Verbraucherpreise im vergangenen Jahr um 5,9 Prozent geht die Bundesregierung von einem deutlichen Rückgang auf 2,4 Prozent im laufenden Jahr und 1,8 Prozent im Jahr 2025 aus. Ob die Inflationsrate tatsächlich in dem erwarteten Maße zurückgehen wird, ist allerdings mit einiger Unsicherheit behaftet. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass der Arbeitsmarkt trotz der wirtschaftlichen Schwächephase von Engpässen an Fachkräften geprägt ist. Vor diesem Hintergrund wird erwartet, dass die Erwerbstätigkeit im Projektionszeitraum insgesamt weiter zunehmen wird: In diesem Jahr etwas kräftiger um rund 180 Tsd. Personen, in den Jahren 2025 und 2026 schwächen sich die Zuwächse allerdings deutlich ab (+60 Tsd. bzw. +50 Tsd.).

Wachstumsimpulse für 2024 und 2025 erwartet die Bundesregierung laut Frühjahrsprojektion vor allem durch die privaten Haushalte: Deutlich höhere Reallöhne in Verbindung mit einem robusten Beschäftigungsumfeld und einem spürbaren Rückgang des Preisauftriebs sollen die Binnenkonjunktur beleben. Darüber hinaus soll ab 2025 auch das anziehende Auslandsgeschäft vermehrt die konjunkturelle Entwicklung tragen und das deutsche Exportgeschäft stützen.

Zwar deuten die Konjunkturindikatoren auf eine schrittweise Erholung der Wirtschaft in den Jahren 2024 und 2025 hin, die konjunkturelle Lage bleibt jedoch weiter fragil und die

Zuwachsraten beim realen Bruttoinlandsprodukt sind eher gering. Es bestehen insbesondere im Hinblick auf die strukturellen Defizite, wie dem demografisch bedingten Fach- und Arbeitskräftemangel, den hohen Lohnstückkosten und einer überbordenden Bürokratie, sowie der Belebung der Binnenkonjunktur erhebliche Abwärtsrisiken für die konjunkturelle Entwicklung. Weitere Abwärtsrisiken ergeben sich insbesondere im Hinblick auf die Partizipation der deutschen Wirtschaft an der Entwicklung des Welthandels und die geopolitische Lage.


Dr. Marcus Optendrenk